



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Baumaßnahmen +++ HSH Banker +++ Welche Stadt für wen? +++ ökologische Abwertung +++ Shared Space +++

Explodierende Neubauten



Die explodierende Elbphilharmonie

Am 10. Februar stand in der Bürgerschaft auf Antrag der SPD-Fraktion das Thema »Explodierende Kosten bei städtischen Baumaßnahmen« auf der Tagesordnung.

Es ist ja mittlerweile fast schon ein Allgemeinplatz, dass städtische Bauvorhaben am Ende die SteuerzahlerInnen erheblich teurer kommen als zunächst angekündigt. Ist das ein ungeschriebenes Gesetz? Werden daran regelmäßig Mängel in der Verwaltung offenbar? Oder steckt gar ein politisches Kalkül dahinter, weil sich die Öffentlichkeit möglicherweise eher auf eine Elbphilharmonie mit »geplanten« Baukosten in Höhe von ursprünglich 77 Mio. Euro einlässt, als auf ein

»grandioses« Projekt, das nach heutiger (!) Kalkulation mindestens 350 Mio. Euro verschlingen wird? Die Reihe der Beispiele ist lang:

- Die Kosten für die Ortsumgehung Finkenwerder sind von 36 Mio. auf 57 Mio. Euro gestiegen – plus 42 Mio. Euro Entschädigungsleistungen;
- der Bergedorfer ZOB soll nun nicht mehr 20,8 Mio., sondern schlappe 44,1 Mio. Euro kosten;
- der wegen des U4-Baus erneut aufgerissene Jungfernstieg kommt hinsichtlich der Kosten von 4 Mio. mal eben doppelt so teuer wie geplant: 8,8 Mio. Euro;

■ das Park-and-Ride-Haus in Poppenbüttel ist zur Zeit bei 12,2 Mio. Euro angelangt – ursprünglich waren 9,5 Mio. vorgesehen, und das ist noch nicht das Ende der Fahnenstange.

Mindestens jedes dritte Bauprojekt in Hamburg kommt die SteuerzahlerInnen erheblich teurer als zunächst verhandelt und von der Regierung verkündet!

Während den Durchschnittsverdienerhaushalten oder gar Hartz-IV-EmpfängerInnen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit das »Sparen und Verzichten« gepredigt wird, verhält sich der Senat beim Umgang mit öffentlichen Mitteln genau entgegengesetzt: Er bringt ein Großprojekt nach dem anderen auf den Weg, wohlwissend, dass in der Vielzahl der Fälle die Kalkulation sowieso nicht stimmt. Das ist bewusste Vergeudung von Steuermitteln und hat mit den ebenfalls gern beschworenen »Grundsätzen eines hanseatischen Kaufmannes« nichts zu tun!

Noch einmal Elbphilharmonie: Dass die bereits Ende 2007 absehbare Vervielfachung der angesetzten Kosten so lange verschwiegen wurde, hat nichts mit einem »einfachen Rechenfehler« zu tun, hier ging es um die Vermeidung von bad news kurz vor den Bürgerschaftswahlen im Februar 2008. Meines Erachtens war zum damaligen Zeitpunkt die so genannte und für so weitreichende Projekte zwingend erforderliche Planungstiefe für die Elbphilharmonie gar nicht gegeben. Die erforderliche Zeit für eigentlich nötige exaktere Planungen und Berechnungen wollte sich insbesondere die CDU nicht nehmen. Es galt schließlich, eine Wahl zu gewinnen!

Es ist das »Politikmuster«, das als eine der wichtigsten Ursachen für das permanente Kosten- und Planungsdesaster, das seinen Teil zur Krise der öffentlichen Finanzen beiträgt, ausgemacht werden kann. Vordergründigen politischen Erwägungen werden vernünftige Berechnungen geopfert – so werden vor allem »Leuchtturmprojekte« auf den Weg gebracht anstelle sinnvoller stadtpolitischer Investitionen.

Aber auch eine verbreitete Unfähigkeit, anfallende Kosten und einen gewissen Risikozuschlag zu beziffern, spielt eine nicht unwesentliche Rolle. Der ehemalige Oberbaudirektor Klaus Müller-Ibold spricht von einer »dilettantischen Naivität, Bauvorhaben in den Haushalt einzusetzen, deren Kosten nur geschätzt sind. Es fehlt dem Senat ein koordinierendes und kooperativ angelegtes Organisationssystem mit einer Leitung, die aufgrund ihrer Ausbildung, Erfahrung, ihrer fachlich-persönlichen und amtlichen Autorität darauf aufmerksam macht« (Hamburger Morgenpost vom 23.8.2009).

Nötig wäre es also, bei »Infrastruktur-Großprojekten ... die obligatorische Wirtschaftlichkeitsbetrachtung um eine weitere qualifizierte Darstellung der Kostenrisiken zu ergänzen«, wie es bereits im Februar 2008 gefordert wurde.

Doch kaum jemand scheint sich an diesen einfachen Grundsatz zu halten. Ebenso wenig wie an eine vernünftige Koordination der Bauvorhaben – das zweimalige Aufreißen des Jungfernstieges innerhalb eines Jahres ist nur ein Beispiel dafür, woran es bei diesem Punkt mangelt. Dies hat auch etwas mit der Privatisierung und dem Outsourcen bestimmter Bereiche aus der öffentlichen Zuständigkeit zu tun, wie ein

weiteres Beispiel zeigt: die vom Bezirk Mitte an private Unternehmen übertragene winterliche Gehwegreinigung – mit den bekannten Folgen. Für Klaus Müller-Ibold hat »die Zerschlagung des öffentlichen Bauwesens durch Verselbständigung der Ämter in Landesbetriebe zum Beispiel für Straßenbau, Stadtentwässerung, Realisierungsgesellschaft etc. dazu geführt, dass bei der Verflechtung der Fachgebiete bei den Bauwerken die notwendige automatische Koordination und Kooperation im täglichen Geschäft offenbar nahezu vollständig verloren ging« (ebenda).

Eine weitere Fundgrube für Mängel und Fehlkalkulationen ist der am 8.2.2010 vorgelegte »Jahresbericht 2010« des Rechnungshofes. Bei dessen Vorstellung führte sein Präsident Jann Meyer-Abich mit Blick auf Wettbewerbsbeiträge für das zu schaffende Bildungszentrum »Tor zur Welt« in Wilhelmsburg aus: »Der erste Preisträger überschreitet die Kostenobergrenze der Auslobung mit rund 43 Mio. Euro um über 50%. Wir mussten wieder einmal beanstanden, dass mit dem Verzicht auf eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung gegen das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verstoßen wurde. Nicht mehr nachvollziehbar ist die Behauptung der Verwaltung, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen vor der Auslobung seien nicht erforderlich gewesen, weil der Senat politische Vorgaben hinsichtlich Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Exzellenz gemacht habe«. Jedem Existenzgründer wird eine Wirtschaftlichkeitsberechnung abverlangt, die Stadt Hamburg selbst geht darüber offenbar nicht nur in diesem Falle mit einem Federstrich hinweg.

Ein letztes Beispiel: Günter Elste, Chef der Hamburger Hochbahn, wollte bereits zu Beginn dieses Jahres die »Schlagzahl« für den Ausbau des Stadtbahnnetzes zu erhöhen und das Projekt gleich mit 40 km Streckenlänge angehen, obwohl bis heute noch nicht einmal eine belastbare Kostenanalyse für den ersten 7,7 km kurzen Streckenabschnitt vorliegt. Aber dass Herr Elstes Gedächtnis eher kurz ist, wissen wir ja bereits: Die für den Bau der U4 von ihm ursprünglich angegebene Kostensumme in Höhe von 255 Mio. Euro musste mir nichts, dir nichts auf 323,6 Mio. Euro erweitert werden, plus einer »Risikovorsorge« von weiteren 13,7 Mio. Euro.

Die Beispiele für einen grob fahrlässigen, wenn nicht gar bewusst verschleiern den Umgang mit absehbaren Kosten für Bauvorhaben und damit öffentlichen Mitteln seitens des Senates ließen sich beliebig ergänzen – ich nenne hier abschließend nur die völlig unzureichenden, nicht durchgerechneten Kostenpläne für den von der Wissenschaftssenatorin anvisierten Umzug der Universität in die HafenCity.

Auch wenn DIE LINKE die fragwürdigen »Leuchtturmprojekte« ablehnt, bestehen wir darauf, dass anstelle »grober Kostenabschätzungen« gefälligst konkrete Kostenpläne, Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Risikoanalysen vorgelegt werden. Nur so hätten die Bürgerinnen und Bürger bei der nächst passenden Gelegenheit die Chance zu beurteilen, ob sie eine solche Politik weiter unterstützen wollen oder doch eher für vernünftige stadtpolitische Projekte und dringliche vorsorgliche Instandhaltungen zum Beispiel von Geh-, Radwegen und Straßen sowie Schulen und Sportstätten votieren.

Explodierende Banker



Bekanntlich suchen die Staatsanwaltschaft in Hamburg und der parlamentarische Untersuchungsausschuss immer noch nach den Verantwortlichen für die massiven Verluste bei der HSH Nordbank. Mittlerweile liegen die Krisentage für die Banken und insbesondere die Landesbanken weit zurück und das politische Klima hat sich deutlich verändert. Bonuszahlungen sind wieder an der Tagesordnung, Leerverkäufe erneut zugelassen und selbst toxische Papiere erfreuen sich wieder wachsender Beliebtheit. Auch die in die »Schieflage« geratene HSH Nordbank sei wieder im Aufwind – so ihr Vorstandsvorsitzender Dirk-Jens Nonnenmacher in einem Interview mit dem Hamburger Abendblatt vom 17.2.2010. Die Bank werde 2009 und 2010 zwar mit Verlusten abschließen, doch spätestens 2011 sei wie geplant wieder mit Gewinnen zu rechnen.

Zur Erinnerung: Der HSH-Chef kassierte trotz Konzernkrise und Staatshilfen eine Zahlung in Höhe von 2,9 Millionen Euro – ohne »schlechtes Gewissen«. Die Selbstkritik der Banker, einschließlich Nonnenmacher, Ackermann, Kopper & Co. war nur eine kurzzeitige Medienshow. Professor Nonnenmacher dreht den Spieß inzwischen längst um: Er droht dem Rechtsanwalt Gerhard Strate, der die Vorstände der HSH Nordbank wegen des Verdachts schwerer Untreue angezeigt hat, mit einem Gerichtsverfahren. Gegenüber der Politik wird der famose Bankvorstand noch deutlicher: »Ich stelle mir schon die Frage, welches Interesse einige Personen haben, eine Bank so zu zerreden. Die Bank ist das Vermögen der Bürger.«

Verantwortliche Banker haben im Jahr 2008 rund drei Milliarden Euro im Internationalen Finanzcasino versenkt. Für das Jahr 2009 wird nochmals eine Milliarde Euro zu den Verlusten dazu kommen. Zu den eigentlichen Tätern sollen nun Politiker erklärt werden, die zuviel nachfragen.

Nonnenmacher hatte vor dem Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft am 5.2.2010 bereits eingeräumt: »In der HSH Nordbank gab es erhebliche Prozessschwächen, es gab Fehlentwicklungen und Fehleinschätzungen. Der Komplexität vieler Geschäfte stand keine entsprechende organisatorische, personelle und technische Ausstattung gegenüber. Als sich die Finanzmarktkrise zuspitzte, geriet die Bank auch deshalb in eine dramatische Schieflage.« Der amtierende Vorstandsvorsitzende räumt schwere Fehler ein, eine persönliche Verantwortung z.B. für Mängel im Bereich Finanzvorstand, den Nonnenmacher seit dem 1.10.2007 betreut, wird strikt zurückgewiesen.

Laut Nonnenmacher war die Auslagerung von Risiken im Bankengeschäft »absolut üblich« und »rechtlich völlig in Ordnung«. Diese Auslagerung von kritischen Positionen zur Verbesserung der eigenen Kennziffern hatte im Dezember 2007 insgesamt ein Volumen von 17,3 Milliarden Euro. Die HSH hatte u.a. Risikokredite in eine Zweckgesellschaft verschoben, aus der Bilanz genommen und damit ihre Eigenkapitalquote erhöht. Bereits im April 2008 war das Geschäft rückabgewickelt worden. Die dabei entstandenen Aufwendungen nannte Nonnenmacher unvermeidlich: »Wir haben eine absolut übliche Prämie dafür gezahlt, dass uns jemand das Risiko abgenommen hat.«

Alle bislang in Hamburg befragten Zeugen haben eingeräumt, dass sich in den Geschäften der Bank in der zweiten Hälfte des Jahres 2007 deutliche Spuren der Finanzmarktkrise zeigten. Das Neugeschäft musste deutlich zurückgefahren bzw. ganz eingestellt werden. Außerdem wurden von der Bank mehrere Transaktionen vorbereitet, um zu einer Entlastung der Risikoaktiva zu kommen, die wegen der sich ver-

schärfenden Kapitalmarktkrise nicht am Markt umgesetzt werden konnten. Alles übliche Geschäfte zwischen Banken, absolut legal und völlig transparent dargestellt, behauptet auch der Vorstandsvorsitzende: »Es ist nun einmal das Geschäft von Banken, Risiken aufs Buch zu nehmen und andere Risiken weiterzugeben. Und solche Transaktionen sind eine Möglichkeit des Risikomanagements. Man möchte ein bestimmtes Risiko nicht mehr in den Büchern haben und sucht sich jemanden, der es übernimmt.«

Verbriefungen von Kreditportfolios sind in der Tat Bestandteil eines aktiven Risikomanagements. Gleichwohl bleibt bei der Ausplatzierung von Risiken in der Größenordnung von 17 Mrd. Euro der Charakter des Fahrlässigen. Unbestritten ist, dass bei diesen Transaktionen Vorschriften verletzt und hohe Verluste eingefahren wurden. Und offen ist im Zusammenhang des Verdachtes der schweren Untreue zulasten der öffentlichen Eigentümer der Bank noch der Vorwurf der Bilanzkosmetik und der Irreführung von Parlamenten und Öffentlichkeit durch die beteiligten Politiker im Aufsichtsrat (vor allem Peiner, Freytag).

Es war von Beginn an zu erwarten, dass die Aufklärung der persönlichen Verantwortlichkeiten für die Prozessschwächen und Fehlentwicklungen in der HSH Nordbank keine leichte

Aufgabe sein würde. Nonnenmacher kann sich immer dann an nichts erinnern, wenn eine konkrete Antwort auf die gestellte Frage für ihn unangenehm werden kann. Die vollmundigen Erklärungen, die Bank werde konstruktiv an der Aufklärung mitarbeiten, sind nichts wert. Beispiel: Die HSH und die verstaatlichte Hypo Real Estate sollen mit einem Überkreuzgeschäft ihre Bilanzen gefälscht haben, so lautet der Vorwurf des Anwalts Gerhard Strate. Die Aufklärung über dieses Geschäft ist gleichermaßen unbefriedigend wie bei den anderen Entlastungstransaktionen. Nonnenmacher verschanzt sich in letzter Konsequenz immer hinter einem vierhundertseitigen Untersuchungsbericht der Kanzlei Freshfield, den der frühere Aufsichtsratsvorsitzende Peiner in Auftrag gegeben hatte. Dieses Gutachten hat zwar dazu geführt, dass vier Vorstandsmitgliedern Verstöße gegen bankrechtliche Vorschriften vorgeworfen werden. Dem ehemaligen Finanzvorstand Nonnenmacher wird unzureichende Kompetenz zur Beurteilung dieser Kapitaltransaktionen zum Jahresende 2007 zugeschrieben, weshalb er die groben Schnitzer in den Bewiligungunterlagen nicht habe erkennen können.

Vielleicht kommt bei den weiteren Zeugenbefragungen und der Anhörung der Freshfield-Anwälte etwas Licht in die fragwürdigen Transaktionen.

Welche Stadt für wen?



Blick hinauf: Empire-Riverside-Hotel in St. Pauli

Nur 1.185,- (eintausendeinhundertfünfundachtzig!) Euro kostete der Eintritt zum »Immobilien-Symposium Hamburg 2010«, das das Hamburger Abendblatt am 9./10. Februar im feinen Empire-Riverside-Hotel in St. Pauli durchführte. Der Ort war nicht schlecht gewählt, hätten Menschen aus Sozialwohnungen, benachteiligten Vierteln des Hamburger Ostens,

gentrifizierten Quartieren und von der Straße doch durch einen bloßen Blick von oben herab verstehen können, welche extraordinären Rendite die Ware Wohnung so abwirft. St. Pauli ist schließlich der Stadtteil, in dem bei Neuvermietungen die durchschnittlichen Mieten zwischen 2005 und 2008/2009 um 27,7% in die Höhe geschossen sind. Aber für

die erwähnte Klientel war der Eintrittspreis wohl doch zu hoch, so dass sie von Finanzsenator Michael Freytag in seinem Grußwort auch nicht bedacht wurde: »Das Immobilien-Symposium des Hamburger Abendblattes ist eine wichtige Plattform für einen anregenden Informationsaustausch und ein Forum der Ideen im Kreise von Experten aus der Immobilien- und Finanzwirtschaft. Ich wünsche der Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf und viele gute Ergebnisse für die Praxis.« Ein »Informationsaustausch« und »erfolgreicher Verlauf« eines solch wichtigen Themas hätte in der Tat »viele gute Ergebnisse« für die Menschen in der Stadt bringen können: Einen sofortigen Mietenstopp, den flächendeckenden Neubau von Sozialwohnungen, die Rückabwicklung der zu Eigentumswohnungen umgewandelten ehemaligen Mietwohnungen usw. Aber auch das war in diesem eher an ein Gruselkabinett erinnernden Symposium nicht gewünscht.

Es stand in Kontrast zu den stadtentwicklungspolitischen Diskursen in der Presse: Da lese ich fast systemkritische Artikel zur Hamburger Situation unter solchen Überschriften wie »Die Stadt der Reichen« (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 29.11.2009), »Stadt der Gespenster« (Der Spiegel 1/2010) oder »Schickimickisierung« (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 30.1.2010).

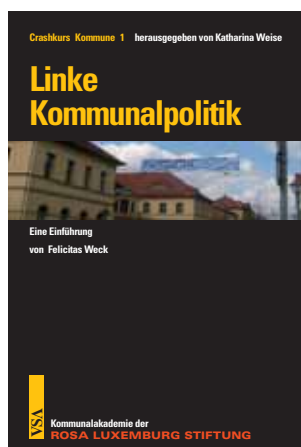
Sollten Diskurs und Realökonomie immer noch sehr weit auseinander liegen? Hat sich auf dem Wohnungsmarkt eigentlich noch gar keine »Entspannung« eingestellt? Bleibt der (noch nicht in trockene Tücher gehüllte) Erfolg, das Gängeviertel als erschwingliches Wohn- und Künstlerquartier zu erhalten, eine schillernde Ausnahme? Man führe sich nur einmal die (Nicht-)Reaktion der Medien vor Augen, die die Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage zum Mietengebahren der SAGA zur Folge hatte: Einzig die Hamburger Morgenpost vom 16.2.2010 berichtete darüber, dass dieses städtische Wohnungsunternehmen unter Vorsitz von Senatorin Anja Hajduk die Mieten der aus der Bindung gelaufenen Wohnungen seit 1997 jährlich um durchschnittliche 3,6% angehoben hat, fast doppelt so schnell, wie die Entwicklung der Mieten laut Hamburger Mietenspiegel verlief. Damit verstoßen der Senat und das öffentliche Wohnungsunternehmen gleich mehrfach gegen soziale Grundsätze und geben den Anspruch preis, das Mietenniveau in Hamburg positiv zu beeinflussen.

Welche negativen Konsequenzen diese Politik hat, wurde einmal mehr auf der von der »Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg« (Evangelische Akademie, Lawaetz-Stiftung und weitere Institutionen) organisierten »1. Konferenz zur sozialen Spaltung« am 4. Februar im Bürgerhaus Wilhelmsburg deutlich. Dr. Jürgen Oßenbrügge, Professor an der Universität Hamburg, sprach dort über das Auseinanderdriften armer und reicher Viertel. Er wies u.a. nach, wie stark die Verdrängung vor allem der »AusländerInnen«, der älteren MitbürgerInnen sowie der TransferleistungsempfängerInnen aus den innerstädtischen Quartieren vorangeschritten ist, wie sehr gleichzeitig deren Anteil am Stadtrand, vor allem im Hamburger Osten, zugenommen hat: »Hamburg ist räumlich bereits gespalten, die Quartiere im Abseits werden zur regelrechten räumlichen Falle für ihre Bewohner.« Ähnlich argumentierte Prof. Dr. Ingrid Breckner von der HafenCity-Universität: Die Fokussierung auf wirtschaftlichen Erfolg der Stadt hat keineswegs, wie erhofft, den sozial Schwächeren genützt (die zentralen Thesen beider Referenten sind unter www.nexthamburg.de zu finden).

Die Debatte darum, was für ein Hamburg wir wollen, wird also – auch abseits von Immobilien-Grusel-Symposien – intensiv geführt. Welche Richtung sie nehmen wird, hängt nicht zuletzt ab von dem Gewicht und dem Ideenreichtum der Gegenkräfte, wie sie sich im Netzwerk »Recht auf Stadt« zusammengefunden haben.

Die Fraktion DIE LINKE hat mit dafür gesorgt, dass das Thema Gentrifizierung am 7. April auf einer Expertenanhörung in der Hamburgischen Bürgerschaft beraten wird. Wir haben als Fachmann den ausgewiesenen Gentrifizierungskritiker Dr. Andrej Holm benannt.

Bereits am 4. März um 19:00 Uhr diskutieren im Museum für Hamburgische Geschichte (Holstenwall 24; Eintritt 4/2 Euro) über »Wessen Recht auf welche Stadt? Stadterneuerung, sozialer Wandel und Gentrifizierung« Lisa Kosok (die Museumsleiterin), Volker Roscher (Bund Deutscher Architekten), Jürgen Bruns-Berentelg (HafenCity), Axel Schildt (Universität) und Gerti Theis (Internationale Bauausstellung). Hamburger AktivistInnen von Recht auf Stadt sind auf dem Podium nicht vertreten, die Initiativen werden sich gleichwohl zu Wort melden.



Felicitas Weck
Linke Kommunalpolitik
 Eine Einführung
 Crashkurs Kommune 1
 hrsg. von Katharina Weise
 104 Seiten; € 7.50
 ISBN 978-3-89965-340-3
 »Nützlich, lesbar – was will man mehr von einer Einführung?«
 (Disput 8/2009)

Im Buchhandel oder bei
www.vsa-verlag.de



Michael Faber
Kein Buch mit sieben Siegeln
 Der kommunale Haushalt
 Crashkurs Kommune 2
 hrsg. von Katharina Weise
 104 Seiten; € 7.50
 ISBN 978-3-89965-341-0

Linke Kommunalpolitik ist gefordert, Haushaltsberatungen aktiv zu begleiten und Einfluss zu nehmen. Der Band vermittelt Grundkenntnisse der kommunalen Haushaltswirtschaft.

»Wachsende Stadt« und ökologische Abwertung

von Rudolf Sergel



Glinde Au speist die Ökokraft der Bille (Foto: Reinhard Kraasch, GNU-Wikipedia)

Verschiedene Vorgänge um die Beseitigung und Neugestaltung von Grünflächen in Hamburg-Mitte berühren auch einige grundsätzliche Fragen zur Stadtentwicklung im Rahmen der »Wachsenden Stadt«. Städtische Grünflächen, die im Bezirk Mitte etwa 600 ha mit 400 ha reinen Parkanlagen einnehmen, erfüllen wichtige ökologische und soziale Funktionen.

Der Deutsche Wetterdienst empfahl kürzlich, Städte sollten mehr Grün- und Wasserflächen zur Verminderung von Wärmeüberschüssen vor dem Hintergrund des Klimawandels schaffen. Temperatureffekte von Grünflächen sind abhängig von ihrer Flächengröße und können bei großen Flächen 4 bis 5 Grad Abweichungen von ihrer Umgebung und direkte klimatische Wirkungen bis in über 1 km weit in bebaute Zonen zeitigen. Ein etwa 100jähriger Laubbaum mit etwa 15.000 qm Funktionsfläche für den Gasaustausch verstoffwechselt an einem Sonnentag 9.400 Liter oder 18 kg CO₂, was dem durchschnittlichen CO₂-Abfall von zweieinhalb Einfamilienhäusern entspricht. Für diese Leistung durchwandern 36.000 Kubikmeter Luft die Blätter, wobei ein Großteil enthaltener Keime und Schadstoffe ausgefiltert wird. Wenn dieser Baum gefällt wird, müsste man etwa 2.000 Jungbäume mit 1 Kubikmeter Kronenvolumen für 150.000 Euro pflanzen, um die Leistungen des 100jährigen Baumes zu ersetzen.

In Untersuchungen mitteleuropäischer Städte wurden ca. 200 Vogelarten, 30 Säugetierarten, 13 Amphibien- und 4 Reptilienarten festgestellt sowie mehr als 7.180 wirbellose Tierarten, davon ca. 6.160 Insekten- und 450 Spinnenarten. Von diesen leben mehr als 3.030 Insektenarten an Gehölzen, die meisten an Eichen und Weiden mit jeweils über 400, an Birken mit über 300 und Weißdorn mit über 200 Arten.

Verschiedene Studien ergaben, dass in einer exemplarischen Großstadt mit 500.000 EinwohnerInnen die Bevölkerung den größten Teil ihrer Zeit mit über 67,5 Millionen Nutzerstunden pro Jahr in öffentlichen Freiflächen verbringt, davon am meisten in Parkanlagen und Stadtwäldern mit mehr als 40 Mio. Nutzerstunden. Erst mit sehr deutlichem Abstand folgen Freisportanlagen mit gut 10 Mio. Nutzerstunden, Freibäder und Badegewässer mit 2 Millionen. In Hausgärten werden ca. 35 Mio., in Kleingärten 15 Mio., auf Balkonen fast 13 Mio. Nutzerstunden verbracht.

Befragte gaben zu über 90% an, dass für sie in Städten Stadtparks sehr wichtig seien, für ca. 88% sind Gärten und Stadtteilparks sehr wichtig. Für fast 94% der Bevölkerung hat der Wunsch nach Ruhe und Erholung zentrale Bedeutung beim Aufsuchen von Grünflächen, über 71% geben auch ihre Vorliebe für naturnahe Biotope an. Die häufigsten NutzerInnen öffentlicher Grünanlagen sind nach diesen Untersuchungen Alleinwohnende. In weiteren umweltpsychologischen Untersuchungen über Kinder und Jugendliche wurde die These geäußert, »dass ebenso wie das spontane Grün für das ökologische Gefüge eines Lebensraumes Stadt wertvoller ist als das geplante Grün, so auch das spontane Spiel in verwilderten Brachflächen für kindliche und jugendliche Entwicklung wichtiger und interessanter ist als auf angelegten Spielplätzen«.

In Hamburg wird grundsätzlich der Landschaftsplanung auch ausdrücklich die Aufgabe zugewiesen, einen Biotopver-

Rudolf Sergel ist Biologe und für DIE LINKE Mitglied des Ausschusses für Verkehr und Umwelt der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte.

bund zu schaffen. So ist in einer Veröffentlichung der BSU zu lesen: »Ziel der ... Landschaftsplanung ist die Verknüpfung von Parkanlagen, Spiel- und Sportflächen, Kleingartenanlagen und Friedhöfen ... zu einem grünen Netz. So soll es möglich sein, sich ungestört vom Straßenverkehr ... im Grünen ... zu bewegen. Gleichzeitig ist das grüne Netz wichtiger Teil des Biotopverbundsystems...«

Da mitteleuropäische Städte mit ihren Mosaiken verschiedenster Strukturen heute oft größere biologische Artenvielfalt aufweisen als ihr Umland, dessen Landschaften durch intensive chemische Landwirtschaft und Flurbereinigung ausgeräumt sind, wird seit einigen Jahren in der Ökosystemforschung wie im Naturschutzmanagement darüber diskutiert, dass wahrscheinlich die Bedeutung von Stadtlandschaften für die Sicherung mancher heimischer Arten, z.B. die gefährdete Brutvogelfauna, erheblich unterschätzt wurde.

Beachtet werden sollte auch, dass das Erleben biologischer Vielfalt als bedeutsamer Bestandteil von Lebensqualität des Menschen anzusehen ist. Weitere Stichprobenuntersuchungen ergaben z.B., dass die Aussicht auf Bäume vor Krankenzimmern statistisch positive Effekte auf Krankheitsverläufe hatte. Städte in Skandinavien erproben, ob mit der Durchgrünung von Siedlungen Kriminalitätsraten und Aggressionspotenziale gesenkt werden können.

Der Raum Hamburg stellt einen von acht nationalen Bereichen in Deutschland mit besonders bedeutsamer biologischer Artenvielfalt dar. Dass dabei mit dem Schierlings-Wasserfenchel und der Wiebelschmiele sogar zwei endemische, weltweit nur hier vorkommende Arten leben, ist wenig bekannt.

Zeiten, in denen BesucherInnen der verschiedenen Parks in Hamburg-Mitte eine abgeschirmte, ungestörte Ruhe, vielleicht auch verbunden mit dem Erleben naturnaher Räume in einer Großstadt genießen konnten, scheinen möglicherweise jedoch dem Ende zuzugehen. Deutliche Veränderungen von Grünflächen finden derzeit im Hammer Park, Blohms Park, Schleemer Park, der Grünanlage Kaltenbergen und in Wilhelmsburg statt, vorher bereits auf anderen Flächen im Hamburger Osten oder auch im Sternschanzenpark.

Die Berücksichtigung ökologischer Funktionen wie etwa als Reservoir der Biodiversitätsressourcen der Stadt ist dabei substantiell kaum erkennbar. Stattdessen tauchen immer

wieder bestimmte Planungsmuster auf wie Auflichten, Herstellen von Durch- und Einsichten, Anlage oft mehrerer neuer Zugänge unter Beseitigung von Bäumen und Strauchbeständen, Anlage neuer Wege usw. Es gibt auch Fälle illegaler Baumfällungen, wie die Beispiele alter Eiben am Teich im Hammer Park oder auch auf Flächen in Wilhelmsburg, die für die Internationale Gartenschau (IGS) 2013 umgestaltet werden, zeigen. Den heutigen Dratelschen Park in Horn als ein Endprodukt von Umgestaltungen könnte man sich auch als Fläche auf einem Gefängnishof vorstellen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) berechnete, dass die Stadt derzeit jährlich in der Summe 3.000 Bäume auf öffentlichen Flächen verliert. Er forderte das Bezirksamt Mitte öffentlich auf, der IGS für weitere Baumfällungen in Wilhelmsburg keine Genehmigungen mehr zu erteilen, bis ein klares Konzept für ökologische Ausgleichsmaßnahmen vorgelegt wird. Die Elbinsel ist als eines der regionalen biologischen Artzentren in Hamburg bekannt.

Dass es – natürlich – auch anders geht, zeigt ein Gegenbeispiel im Hamburger Westen, wo für das Projekt »Regionalpark Rissen-Sülltdorfer Feldmark/Wedeler Au« ausdrücklich u.a. »Biotopaufwertung, Biotopverbund, Kulturlandschaftspflege« übergeordnete Schwerpunktthemen und Handlungsziele darstellen. Dass dieses Projekt um hochwertige Wohnanlagen und sozioökonomisch weit über dem Hamburger Durchschnitt liegende Stadtteile realisiert wird, ist sicher kein Zufall. Der neoliberale Um- und Ausbau der Stadt führt in der Konkurrenz der Metropolregionen in seinen Kapitalakkumulationsregimen in Hamburg zu manifesten und aggressiven Zugriffen auf ökologische und »Human-« Ressourcen – diese sind aber räumlich sehr ungleich verteilt: Ökologische Abwertungen in dem sozioökonomisch abgehängten Elbinsel-Mitte-Ost-Stadtteilgürtel stehen ökologischen Aufwertungen als »weicher Standortfaktor« für ein Eliteklientel des neoliberalen Umbaus im Westen gegenüber und folgen damit sozialräumlichen Segregationslinien.

Recht auf Stadt beinhaltet auch Zugang zu ihren Umweltressourcen wie gesunden Biomedien, Natur, biologischer Vielfalt usw. und damit verbundener Lebensqualität. Daher werden neben sozialen Rechten und bürgerlichen Freiheitsrechten auch ökologische Rechte gegen aggressive und zerstörerische Zugriffe der »Wachsenden Stadt« zu verteidigen sein.

Im Fadenkreuz des Senats: Wilhelmsburg

Ich habe in den BürgerInnenbriefen regelmäßig über die Verkehrsplanungen in Wilhelmsburg, über die ganz besondere Art der »BürgerInnenbeteiligung«, wie sie von Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk (GAL) dort praktiziert wurde, und über die Gegenwehr der WilhelmsburgerInnen gegen alle Senatspläne berichtet. Zu letzterem passt ein Zitat aus einem Heimat-Kalender von 1961, auf das mich kürzlich jemand hinwies: »Wir haben ganz elegante moderne Wohnbauten, sogar Hochhäuser, und wir haben im Osten, aber auch in den anderen Gebieten versprenkelt, alte Bauernhäuser und Wie-

sen und ganz urzeitliche Naturschönheiten, die ihresgleichen suchen.«

Zu diesem Thema passt leider auch, dass die Senatorin den WilhelmsburgerInnen einmal mehr nicht grün ist und dass sie es weder mit der Bürgerbeteiligung noch mit ihren eigenen Zusagen sonderlich ernst nimmt: Am 9. Februar 2010 hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) die Vorbereitungen für eine südliche Hafenspanne (HQS), eine der umstrittensten verkehrspolitischen Fragen der letzten beiden Jahrzehnte überhaupt, auf den Weg gebracht. Den Be-



WilhelmsburgerInnen in Bewegung

zirkpolitikerInnen in Mitte und Harburg blieb gerade mal bis zum 12. Februar Zeit, dazu Stellung zu nehmen!

Jetzt soll also eine »Linienbestimmung« für die »Südtrasse« erfolgen, endgültig festgezurrert wird dies auf der Senatssitzung am 23.2. In der Bürgerschaft steht eine umfassende Debatte zum Stand des Konzepts »Sprung über die Elbe« an.

Ich unterstütze die Position des Vereins »Zukunft Elbinsel e.V.«, der an die Zusage des Senats erinnert, für Hamburg als europäische Umwelthauptstadt bis 2011 eine Verkehrswende zu vollziehen, mit weniger Straßenindividual, dafür um so mehr öffentlichem Personennahverkehr und einem nachhaltiger abgewickelten Gütertransport. Mit der südlichen Trasse wird das Gegenteil davon erreicht: »Eine neue Stadtautobahn hätte keinerlei Entlastung für die Hamburger Innenstadt zur Folge, sondern brächte als Verlängerung der A26 mehr Straßenverkehr nach Hamburg und über die Elbbrücken in die Innenstadt. Sie ist für den Hafenerverkehr erwiesenermaßen unnötig und verlegt den Pendlerverkehr von Stade und Buxtehude von der neuen S-Bahn wieder zurück auf die Straße.« (Michael Roths Schuh, Verkehrsspezialist des Vereins)

Aber nicht nur die Hafenerquerung erregt zu Recht die Gemüter. Für das Event »Internationale Gartenschau 2013« (IGS) sollen 2.235 Bäume gefällt werden, das sind rund 40% des gesamten Bestandes auf dem IGS-Gelände. Wie sinnvoll ist eine Gartenschau, wenn zunächst einmal ein umfassender Kahlschlag betrieben wird? Fast zynisch wirkt die »Argumentation« von IGS-Chef Heiner Baumgarten: »Es werden auch zukünftig schöne, alte Bäume das Bild auf dem Gartenschau-Gelände prägen. Darüber hinaus erwartet die Besucher ein tolles Freizeitangebot.« Allerdings ist nicht einmal daran gedacht, für alle gefällten Bäume Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Rudolf Sergel schreibt in seinem Artikel in diesem

BürgerInnenbrief, dass jährlich 3.000 Bäume aus Hamburgs öffentlichen Parks verschwinden – in Wilhelmsburg dürfte ein erheblicher Teil der Quote bereits 2010/2011 »erbracht« werden. Mit einem respektvollen Umgang mit gewachsener Natur und mit Nachhaltigkeit hat das alles überhaupt nichts zu tun. Hier wird mit der IGS ein neues »Leuchtturmprojekt« in Szene gesetzt, das den Besucher- und Touristenscharen gefallen soll, ob's den WilhelmsburgerInnen passt oder nicht.

Eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte hat ergeben, dass bereits seit Herbst 2008 749 Bäume auf dem IGS-Gelände gefällt wurden. Auch die Finanzbehörde hat den Kahlschlag zum Programm erhoben und gleich eine ganze Kleingartenanlage abholzen lassen. Weil offenbar mehrfach gegen die Baumschutz-Verordnung verstoßen wurde, hat die Bezirksfraktion der LINKEN Strafanzeige gegen die IGS und die Finanzbehörde erstattet. Nach ersten Demonstrationen gegen den aberwitzigen Kahlschlag (für eine Gartenschau!) lädt der »Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg« (AKU) ab sofort zum allwöchentlichen Spaziergang »durch unser schönes Waldgebiet auf dem IGS-Gelände« ein. Treffpunkt ist jeweils sonntags um 14 Uhr an der Bushaltestelle Wilhelmsburger Rathaus, »unorganisiert und zwanglos«!

Auf parlamentarischer Ebene steht die Auseinandersetzung noch bevor. In Kürze wird der Senat eine umfassende Drucksache zu Wilhelmsburg vorlegen, in der dann alles vorgestellt wird: die neuen Autobahnpläne, der Kahlschlag für die IGS, die Bauprojekte im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA), der Umzug der BSU und manches mehr. Diese Drucksache werden die WilhelmsburgerInnen mit Interesse auswerten. Ich werde mich daran beteiligen, ihren Worten »Gehör zu verschaffen«.

»Gemeinschaftsstraßen« ohne Beteiligung



Lange Reihe shared spaced?

Im Koalitionsvertrag von CDU und GAL ist vor zwei Jahren fixiert worden, dass in jedem Bezirk eine Straße als Shared-Space-Zone ausgewiesen wird. Nach mehr oder weniger ergebnislos gebliebenen Schriftlichen Kleinen Anfragen hat sich jetzt der Senat erstmals zu den vorgeschlagenen bzw. geprüften Straßen(abschnitten) geäußert. Unterlagen sind für folgende (z.T. bisher überhaupt noch nicht öffentlich erörterte) Straßenräume zur weiteren Prüfung bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) eingereicht worden:

- Altona: Bahrenfelder Straße
- Bergedorf: Weidenbaumsweg
- Eimsbüttel: Eimsbütteler Chaussee, Grindelhof, Osterstraße
- Harburg: Harburger Schloßstraße, Striepenweg, Estedeich, Knoopstraße, Schloßmühlendamm
- Mitte: Lange Reihe
- Nord: Alsterdorfer Straße, Mühlenkamp, Tangstedter Landstraße

Obwohl das Hamburger Abendblatt eine LeserInnenbefragung darauf verwandt hat, für Shared Space eine deutsche Übersetzung zu finden und seitdem das Wort Gemeinschaftsstraße die Runde macht, ist die Auswahl und gar die Entwicklung von Gestaltungsideen etwaiger Zonen weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorgenommen worden.

Auf wie tönernen Füßen in finanzieller und politischer Hinsicht die Planungen beruhen, zeigt sich u.a. in Wandsbek, wo die Bezirksversammlung am 21. Januar 2010 beschlossen hat, »nicht am Modellvorhaben Gemeinschaftsstraßen teilzuha-

ben«. In St. Georg hat es vor gut zwei Jahren zwar Veranstaltungen zu diesem Thema gegeben, aber die dort formulierten Ablehnungen fochten den SPD-GAL-geführten Bezirk Hamburg-Mitte nicht an: Er will seine Pläne durchziehen, koste es, was es wolle. Der »Bürgerverein zu St. Georg von 1880« und der alternative »Einwohnerverein St. Georg von 1987« haben sich im Februar 2010 noch einmal deutlich gegen Shared Space auf der Langen Reihe positioniert.

Es ist schon atemberaubend, mit welcher stoischen Ignoranz der Senat seine verkehrspolitischen Pläne realisieren will: Verlegung der Reichsstraße in Wilhelmsburg und Bau einer neuen Quasi-Autobahn, Deckelung der A1 in Altona gegen den Willen der Kleingärtner, und jetzt Shared-Space-Zonen in allen Bezirken ohne eine intensive Diskussion mit den von den Veränderungen betroffenen StadtteilbewohnerInnen und Gewerbetreibenden. In St. Georg, wo es entsprechende Debatten gegeben hat, wird der erklärte Mehrheitswille der Stadtteilvereine und der VersammlungsteilnehmerInnen schlicht übergangen.

Man mag über die Vor- und Nachteile von Shared Space oder »Gemeinschaftsstraßen« streiten. Eine Durchsetzung ohne Beteiligung der BürgerInnen vor Ort oder gar gegen deren Willen kommt für DIE LINKE und mich nicht in Frage. Der Senat muss endlich begreifen, dass Stadtentwicklungspolitik nur mit den BürgerInnen zu machen ist. Und er muss sein eigenes Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung Ernst nehmen, in dem von einer umfassenden BürgerInnenbeteiligung die Rede ist.

running gag: ... läuft und läuft – und läuft nicht!



Seit 2006 ist das Sportamt nun damit beschäftigt, sämtliche Hamburger Sport- und Spielstätten elektronisch in eine Datenbank einzuspeisen, um darüber die Vergabe der (freien) Hallen- und Platzzeiten zu optimieren. In Sport(politik)kreisen ist dieses nicht gerade rekordverdächtige Unterfangen mittlerweile zu einer Art running gag geworden.

Auf meine neuerliche, inzwischen vierte, Schriftliche Kleine Anfrage antwortete kürzlich der Senat: »Die elektronische Erfassung sämtlicher Sportstätten in Hamburg ist abgeschlossen.«. Auch sei die neue Datenbank dem Hamburger Sportbund inzwischen »vorgestellt« worden. Allein, ihr Nutzen ist noch sehr begrenzt. Denn bisher ist die neu geschaffene Datenbasis lediglich »für statistische Auswertungen« geeignet, nicht für die eigentlich anvisierte verbesserte »Vergabe außerschulischer Nutzungszeiten«. Tatsächlich wurden Daten gesammelt und »eingetippt«, doch gibt die Software immer noch nicht her, dass auf sie bei der Vergabe zurückgegriffen werden könnte – in bislang keinem einzigen Bezirk.

Ich bin nun schon zwei Jahre Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft, das Ringen um eine zeitnahe Verbesserung der Vergabe von staatlichen Sporthallen und -plätzen dauert bereits doppelt so lange.

Da geriet in den vergangenen zwei Jahren die HSH Nordbank in die Nähe des Abgrunds, vermehrfachten sich die Baukosten für die Elbphilharmonie, wurde der Winterdienst nach immerhin sechs Wochen ausgeweitet – doch die Software zur Sportstättenverwaltung in Betrieb zu setzen, gelang nicht, obwohl in dem eh schon dünnen sportpolitischen Teil des Koalitionsprogramms vom Frühjahr 2008 die Einführung der Software noch für das selbe Jahr versprochen wurde.

Eher wird wohl der FC St. Pauli in die erste Fußball-Bundesliga aufsteigen und der HSV doch noch Deutscher Fußballmeister werden, bevor das Sportamt der Freien und Hansestadt eine Software für die Sportstättenverwaltung zum Laufen bringt. Hamburg ist die sportlichste Stadt Deutschlands! Angeblich.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**